

„Das ist technisch und finanziell nicht durchdacht“

Ab 2023 soll in großen Teilen Hannovers ein Anschlusszwang für Fernwärme gelten: Wo die alten Heizungen kaputtgehen, muss umgerüstet werden auf die Enercity-Technik. In Häusern, die bisher mit Kombithermen statt Zentralheizung heizen, führt das zu großen Problemen und hohen Kosten. Ein Beispiel.

Von Conrad von Meding

Hauseigentümerin Evelyn Werner spricht von einer „teilweisen Enteignung durch die Hintertür“. Wenn der Rat in Kürze beschließt, dass in den dicht bebauten Stadtteilen Hannovers ab Januar ein Anschluss- und Benutzungszwang für Fernwärme herrscht, dann muss sie zwei Mehrfamilienhäuser komplett umrüsten. Durch alle Etagen müssen mehrere Rohrstränge für Heizungen verlegt werden, dazu vielleicht noch starkdrahtige Elektrokabel für Warmwasser.

Kosten von geschätzt mindestens 60 000 Euro kommen auf die Eigentümerin zu. „Dabei habe ich funktionierende Thermen in den Häusern, und keiner fragt mich, ob ich umrüsten will“, sagt Evelyn Werner. Was sie besonders ärgert: „Seit Monaten berät die Politik über das Thema. Aber es hat offenbar niemand an Häuser wie meine gedacht, in denen alle Mieter mit Kombithermen auf der Etage heizen und Warmwasser zubereiten. Alle Planungen scheinen bisher nur auf Häuser mit Zentralheizung abgestellt.“

Worum geht es?

Um die Klimawende voranzubringen und den CO₂-Verbrauch beim Heizen von Wohnungen zu reduzieren, beschließen Hannovers Ratsgremien derzeit einen sogenannten Anschluss- und Benutzungszwang für Fernwärme. Das bedeutet: In zahlreichen dicht bebauten Kernstadtbereichen Hannovers soll Fernwärme zum Standard werden. Niemand muss sofort umstellen. Aber wenn ab 2023 irgendwo Gas- oder Ölheizungen wegen Alterung oder eines Defekts außer Betrieb genommen werden, muss das Haus an die Fernwärmeleitungen angeschlossen werden – außer wenn eine alternative Form der Heizung mit regenerativen Energien möglich ist, etwa mit Wärmepumpen.

Wie weit ist die Planung?

Neun von 13 Stadtbezirken sind teilweise großflächig betroffen, in denen das bestehende Fernwärmenetz ausgebaut werden soll. Acht zuständige Bezirksräte haben bereits zugestimmt. Wie so oft dauert Demokratie in Linden-Immer am längsten. Erst wenn an der Basis alle Beschlüsse durch sind, kommen die übergeordneten Ratsgremien dran. Ziel ist, dass bis zur Sommerpause alles beschlossen ist. Im Moment wäre das noch zu schaffen.

Wie läuft der Umstieg?

In Häusern mit Zentralheizung (eine Heizung für alle Wohnungen) ist die Umstellung einfach und preiswert. Die alte Heizung kommt raus, stattdessen werden von der Fernwärmeleitung im Straßenergrund zwei Rohre für Vor- und Rücklauf in den Keller gelegt. Sie werden mittels einer Übergabestation (kostet je nach Typ etwa 10 000 Euro inklusive Einbau) an die alten Zentralleitungen angeschlossen – nach einem Tag läuft die wieder, aber jetzt mit Wärme aus den Kraftwerken Stöcken und Linden statt eigener Verbrennungsheizung.

Und wo ist es schwieriger?

Probleme entstehen überall dort, wo statt einer Zentralheizung im Keller einzelne Etagenheizungen eingebaut sind. Betroffen sind Mehrfamilienhäuser sowohl mit Miet- wie auch mit Eigentumswohnungen. Schätzungen zufolge sind es in Ballungsräumen ein Drittel bis die Hälfte aller Wohnungen. Zahlen gibt es nicht für Hannover, es sind aber Zehntausende Wohnungen betroffen.

Was ist das Problem?

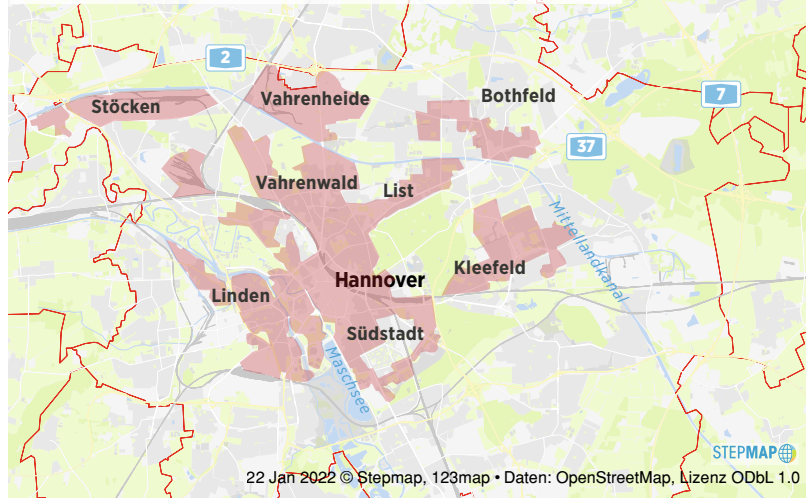
In diesen Häusern gibt es keine bestehenden Rohrstränge, die das Heizungswasser zentral vom Keller in die Wohnungen (Vorlauf) und wieder zurück (Rücklauf) zirkulieren lassen. Stattdessen führt nur ein Gasrohr in die Etagen. Deshalb müssen alle diese Häuser nun gewissermaßen von Einzelheizungen auf Zentralheizung umgerüstet werden. Dazu müssen vom Keller bis zum Dachboden Schlitzlöcher



„Komplexität wird nicht mitgedacht“: Hauseigentümerin Evelyn Werner vor einer Kombitherme. Das Gerät produziert Heizungswasser und Warmwasser etwa zum Duschen. Aber es ist nur für eine Wohnung da. Wenn auf ein zentrales Heizsystem umgestellt werden soll, was bei Fernwärme nötig ist, muss das gesamte Haus umgebaut werden.

FOTO: ILONA HOTTMANN

In diesen Gebieten soll Fernwärme Vorrang haben



22 Jan 2022 © Stepmap, 123map • Daten: OpenStreetMap, Lizenz ODbL 1.0

Wände und Löcher in Fußböden gestemmt werden, in denen die Rohre verschwinden können. Es gibt auch weniger arbeitsintensive Vorbaulösungen, die aber Platz kosten. In jedem Fall sind später Malerarbeiten nötig.

Und das Warmwasser?

Die Etagenthermen sind meistens Kombithermen, die für Heizung und Warmwasser etwa zum Duschen sorgen. Das ist grundsätzlich auch mit Fernwärme möglich – aber nur in einem getrennten Wasserkreislauf. Es müssen also zwei weitere Rohrstränge durch die Etagen verteilt werden – und für den Anschluss in Küche oder Bad müssen in der Regel entweder Fliesen zerschlagen oder Küchen demontiert werden.

Geht Warmwasser auch ohne Fernwärme?

Ja, in vielen Fällen dürfte es leichter sein, das Warmwasser künftig mit Durchlauferhitzern in jeder Wohnung elektrisch zu erzeugen. Sie können dort montiert werden, wo bisher die Kombitherme hing, und werden dort direkt an die Warmwasserleitung angeschlossen. Allerdings sind dafür besonders dicke Stromkabel nötig, die in Häusern mit Gasversorgung bisher meist fehlen. Dann muss also die Elektrikerin oder der Elektriker kommen – das kostet noch einmal vierstelligen Beträge.

Wer zahlt dafür?

„Wer zahlt das eigentlich alles?“, will Hauseigentümerin Werner wissen. Sie rechnet mit Kosten von mindestens 30 000 Euro pro Haus und fragt sich auch, wer zum Beispiel für Mietminderungen aufkommt, wenn die Wohnungsnutzenden genervt von den Arbeiten sind. Was sie be-

sonders ärgert: Obwohl Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) und Enercity-Chefin Susanna Zapreva den Satzungsentwurf im Oktober vorgestellt haben, und obwohl sich die politischen Gremien seit Monaten mit dem Thema beschäftigen, erhält sie bislang keine konkreten Antworten auf diese Fragen. Sie hat an Politiker, Enercity und das Büro des Oberbürgermeisters geschrieben, nach eigenen Angaben aber bislang „nur Antworten erhalten, die zeigen, dass das Problem gar nicht erkannt ist“.

Viele Fragen, zähe Antworten

Auch auf Anfrage dieser Zeitung erfolgten die Antworten zäh: Fast genau zwei Wochen dauert es, bis Energieversorger Enercity und Stadtverwaltung Antworten auf die Fragen formuliert haben, die doch eigentlich mit dem Entwurf der Satzung zum Anschluss- und Benutzungszwang hätten geklärt sein müssen. Die Antworten allerdings sind nicht geeignet, Hauseigentümer wie Evelyn Werner zu besänftigen.

Auf die Frage, was für Kosten auf die Eigentümer eines Hauses mit Kombithermen zukommen, inklusive Wände aufmeißeln, Rohre verlegen und teilweise Neuverfliesen, antwortet Enercity mit einem Versprechen. „Das bisherige Preismodell wird geändert werden und ein neues eingeführt“, heißt es dort. Am neuen Preismodell werde derzeit gearbeitet. „Ziel ist es, dass die Kosten für den Kunden in gleicher Höhe sind wie bei einem Gasheizungs-tausch.“

Hauseigentümerin Evelyn Werner staunt über die Antwort. „In meinem Fall und in vielen Tausend anderen Wohnungen gibt es nicht den einen Gasheizungs-tausch auf einen Schlag, sondern es sind ein-



Umbau abgeschlossen: Eine neu eingebaute Fernwärmeübergabestation im Keller eines Mehrfamilienhauses in Hannover.

FOTO: CONRAD VON MEDING

zelne Thermen eingebaut, die in völlig unterschiedlichen Jahren ausgetauscht werden müssen.“ So rät Enercity beispielsweise, die Fernwärmesteigleitungen vom Keller in die Wohnungen durch Schornsteine zu führen. „Aber so lange noch einige der Thermen in Betrieb sind, können die Schornsteine nicht ungenutzt werden“, ärgert sich Werner.

In einem Punkt allerdings wird Enercity konkret, und der ist serviceorientiert. Wenn in einem Mehrfamilienhaus, das ab Januar im Fernwärmevorranggebiet liege, die ersten Thermen ausgetauscht werden müssten, aber noch keine Fernwärmeübergabestation eingebaut werden könne, dann wolle das Unternehmen sogenannte Pop-up-Heizungen auf eigene Kosten für eine Übergangszeit installieren. Will heißen: Die defekte Kombitherme wird entsorgt, Ener-

city liefert auf eigene Kosten ein Ersatzgerät, das so lange den Dienst in der Wohnung verrichtet, bis im Haus Fernwärme installiert ist. Das Modell eigne sich etwa auch für Eigentümergemeinschaften, in denen nicht alle Eigentümer zeitgleich ihre Thermen austauschen wollen oder müssen, sondern zeitversetztes Arbeiten nötig ist.

Grundsätzlich seien in Mehrfamilienhäusern, in denen es mehr als einen Eigentümer gibt, die Hausverwaltungen Ansprechpartner für die Umstellung, heißt es bei Enercity. Es sei jetzt bereits möglich, die Umstellung auf Fernwärme anzumelden. Allerdings könne das Unternehmen derzeit nur die Wünsche entgegennehmen – solange die Ratspolitik nicht über die Satzung beschlossen habe, dürfe Enercity keine verbindlichen Zusagen geben.

Auch Fernwärme stammt aus Verbrennung

Fernwärme ist überwiegend Restwärme, die zum Beispiel bei der Stromerzeugung oder der Müllverbrennung entsteht. Sie gilt daher als ökologisch und klimafreundlich – auch wenn sie in Hannover derzeit überwiegend aus dem Kohlekraftwerk Stöcken stammt.

Enercity soll es möglichst schnell abschalten und Alternativen ermöglichen. Geplant ist die Abschaltung bis 2026 – der Zeitplan gilt als sehr ambitioniert.

Als eine von voraussichtlich 13 Ersatzanlagen wird gerade die Klärschlammverbrennung Lahe errichtet. In Stöcken soll eine Altholzverbrennungsanlage entstehen, außerdem sind eine Großwärmepumpe und möglicherweise eine weitere Müllverbrennungsanlage in Planung, die Wärmeenergie ins Fernwärmenetz einspeisen können.

Kritik, dass dadurch ja nur andere Materialien statt Kohle verbrannt würden, begegnet Ener-

city-Chefin Susanna Zapreva gelassen. Der Müll werde ja in jedem Fall verbrannt – bevor er aber in Großanlagen weitab aller Städte verbrannt werde und die Wärme verpuffe, sei es besser, die Abwärme in einer stadtnahen Anlage zum Heizen zu nutzen.

Fernwärmeausbau und das Abschalten des Kohlekraftwerks sind Teil der Energiewende, die Hannover möglichst bis 2035 klimaneutral machen soll.

Bezirksräte wollen Ausweitung

In den betroffenen neun Bezirken ringen die Fraktionen erkennbar entlang ideologischer Linien miteinander. In mehreren Gremien hat die FDP beantragt, vom Anschlusszwang abzusehen. Die Begründung: Enercity-Chefin Susanna Zapreva habe öffentlich gesagt, ein Fernwärmeanschluss sei wirtschaftlich und attraktiv für Eigentümer – dann werde sich die Technik auch ohne Zwang durchsetzen, argumentiert die FDP. Eine Mehrheit dafür hat sie nirgends gefunden. In anderen Bezirken hingegen haben Vertreter der Grünen und teils der FDP eine Ausweitung des Vorranggebiets gefordert, etwa in Mitte für das Zooviertel, in Teilen der Südstadt, sowie Herrenhausen-Stöcken. Die Anträge fanden Mehrheiten.

Ob das technisch geht und wirtschaftlich ist, muss Enercity prüfen: Fernwärmeleitungen sind teuer. Die jetzt auserkorenen Vorranggebiete liegen in dicht bebauten Gebieten, in denen entweder schon Fernwärmeanschlüsse liegen oder sie leicht verlängert werden können. An der Sinnhaftigkeit des Projekts bestehen weder bei Enercity noch bei der Stadt Zweifel. „Der aktuelle Stand der Klimaforschung verdeutlicht die Notwendigkeit einer beschleunigten Reduzierung der Treibhausgasemissionen“, heißt es in der Stellungnahme, und: „Fernwärme ist die ideale Lösung für die Stadt.“

Postuliertes Ziel der Stadt ist, langfristig Gasleitungen abzuschalten in Gebieten, in denen Fernwärme im Untergrund liegt. „Parallele Infrastrukturen wie etwa Gas- und Fernwärmeleitung in einer Straße sind nicht sinnvoll und nicht wirtschaftlich.“

Hauseigentümerin Werner hat Zweifel. In ihren Häusern sei kein Keller frei für die beiden Übergabestationen. Dazu müsse der Hofasphalt aufgerissen werden, um Leitungen ins Hinterhofhaus zu legen. „Und wenn das Gas abgeschaltet wird, was ist dann eigentlich mit den Gasherden?“, fragt sie. „Ich habe das Gefühl, dass die Komplexität dieses Themas bislang gar nicht mitgedacht wird.“

Enercity beruhigt. Die fürs einzelne Haus „jeweils geeignete Lösung kann nur die Prüfung im Einzelfall hervorbringen“. Für den Sommer plant Enercity und Stadt eine intensive Informationskampagne. Zudem werde es Beratungsangebote für Hauseigentümer geben. Zunächst aber müsse die Satzung beschlossen werden.